

Protest-, Aktions- und Trauertag
21. Juli 2015 „Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige“

Drogenkonsumräume retten Menschenleben!

In nüchternen Zahlen belegt es der aktuelle Lagebericht zu illegalisierten Drogen: Die Zahl der Drogentoten ist erneut gestiegen. Trotz der Verbotspolitik – oder, wie wir denken, genau wegen ebendieser. Denn gerade die Bundesländer, in denen, rein ideologisch orientiert und offenbar beratungsresistent, eine fortschrittliche Drogenpolitik immer noch hartnäckig blockiert wird, weisen überdurchschnittlich hohe Quoten von Drogentoten und die deutlichsten Steigerungsraten auf.

Bayern, klassisch dem Motto „Null Toleranz“ verpflichtet, gibt hier einmal mehr ein abschreckendes Beispiel ab: Mit 252 Todesfällen in 2014 liegt Bayern (12,6 Mio. Einw.) deutlich über dem bevölkerungsreicheren und viel mehr städtisch geprägten NRW (17,6 Mio. Einw.) mit 184 Drogentoten im gleichen Zeitraum. Sicherlich ist dieser signifikante Unterschied auch anderen Faktoren geschuldet, wie etwa dem gut ausgebauten System der Substitutionsbehandlung in NRW. Fakt ist jedenfalls dies: Nordrhein-Westfalen verfügt derzeit über 10 Drogenkonsumräume - Bayern hingegen über keinen einzigen. Aber auch weitere Bundesländer - BaWü etwa oder, außer Berlin, der gesamte Osten des Landes – lehnen das Einrichten von Drogenkonsumräumen bislang noch ab. Hessen bietet derzeit nur in Frankfurt, Niedersachsen lediglich in Hannover diese wichtige Überlebenshilfe an. Das ist tragisch und viel zu wenig, denn

Drogenkonsumräume

- ermöglichen die wichtige zeitnahe Intervention bei Notfällen, etwa durch akute Überdosierung.
- verhindern Hepatitis C- und HIV/Aids-Infektionen durch Ausgabe steriler Spritzbestecke.
- bieten die Chance für einen streßfreien Konsum („Druckraum = Raum ohne Druck“).
- erleichtern die erste Kontaktaufnahme mit der organisierten Drogenhilfe.
- entlasten den öffentlichen Raum, vermeiden z.B. Spritzen-Müll.
- ermöglichen zeit- und szenenahe Information etwa über aktuell ungewohnt hohe Konzentrationen oder bekannte Verunreinigungen der illegalen Drogen.

Wir fordern daher die bedarfsgerechte Versorgung mit Drogenkonsumräumen in allen Bundesländern und erinnern in diesem Zusammenhang an den Grundsatz der Gleichbehandlung. Hierin sehen wir eine moralische Verpflichtung der Politik. Es darf nicht länger so sein, dass Drogengebraucher, nur weil sie im „falschen“ Bundesland wohnen, heimlich und versteckt ihre Drogen unter menschenunwürdigen und unhygienischen Bedingungen konsumieren müssen – oder dadurch gar sterben.

Auch fordern wir den Zugang von Auswärtigen und Substituierten zu den Konsumräumen und die Möglichkeit, die Drogen dort bei Bedarf auch rauchen zu dürfen. Darüber hinaus regen wir die Schaffung einer gesetzlichen Möglichkeit zur schnellen, unkomplizierten Qualitätskontrolle der dort konsumierten illegalen Drogen vor Ort und auf Wunsch an.

Nicht mehr als eine (wenngleich immens wichtige!) Notlösung all dies. Unbedingte Voraussetzung bleibt die Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten und eine grundsätzliche Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes durch eine Enquetekommission des Bundestages

„Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser erstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!“
Heather Brook, Australien

Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit e.V.
JES Bundesverband (Junkies - Ehemalige - Substituierte).
DAH Deutsche AIDS-Hilfe e.V. - DGS- Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin e.V.
akzept e.V.- Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik
Verantwortlich: Jürgen Heimchen, Ravensberger Str. 44, 42117 Wuppertal , Tel. 0202-423519